

DIE WELTWOCHEN

Volksabstimmung

Am Kern der Energie vorbei

Vor der Abstimmung über das Energiegesetz streiten sich Gegner und Befürworter über Kosten. Dabei vergessen sie den wichtigsten Punkt: Unsere Stromversorgung ist gefährdet.

Von Alex Reichmuth



Alex Reichmuth

Für eine vierköpfige Familie kostete es nur ^[1]_{SEP}40 Franken mehr pro Jahr. Das behaupten die Befürworter des neuen Energiegesetzes, das den Atomausstieg ermöglichen soll. Die SVP, die das Referendum ergriffen hat, spricht hingegen von 3200 Franken mehr. Ferien lägen dann nicht mehr drin. Die riesige Differenz kommt vom Röhrenblick, den die Befürworter einnehmen. Sie fokussieren auf die unmittelbaren Kosten der Vorlage.

Konkret soll die Stromabgabe für erneuerbare Energie von 1,5 auf maximal 2,3 Rappen pro Kilowattstunde steigen. Das bedeutet für eine Familie nur wenige Franken mehr pro Jahr. Die Gegner aber erinnern an die übrigen Massnahmen, um die Energiestrategie 2050 des Bundes umzusetzen: eine kräftig erhöhte CO₂-Abgabe auf Heizöl, eine markante Verteuerung des Benzins, zudem höhere Produktpreise wegen teurerer Industrieprozesse. Will der Bund wie angestrebt den Energieverbrauch pro Kopf um 43 Prozent verringern, wird das eine Familie mit Sicherheit jährlich Tausende Franken kosten.

Bundesrat und Parlament haben getrickst, um die Kosten tief erscheinen zu lassen: Sie präsentieren dem Volk jetzt nur die eher schmerzlosen Pläne, die für ihre Energieziele nötig sind. Die Massnahmen aber, die wirklich ins Geld gehen, wie eine

Lenkungsabgabe, blenden sie aus. So ist der Nationalrat kürzlich gar nicht auf eine Debatte über ein Klima- und Energielenkungssystem eingetreten. Eine halbe Energiewende umzusetzen, ist aber genauso sinnlos, wie eine halbe Brücke zu bauen: Will man Atomstrom loswerden und den Verbrauch fossiler Brennstoffe drastisch senken, müsste die Strategie zu Ende gedacht sein. Nur wenn die Totalkosten bekannt sind, kann das Volk einen weisen Entscheid treffen.

Keine Alternative zu Gaskraftwerken

Und doch geht die Kostendiskussion am wichtigsten Punkt vorbei. Denn wirklich harte Massnahmen im Energiebereich wird die Stimmbevölkerung kaum je gutheissen. Benzinpreis auf fünf Franken pro Liter erhöhen? Ölheizungen verbieten? Die Landschaft mit Windrädern zupflanzen? Keine Chance an der Urne! Das Volk hat schon die vergleichsweise harmlose Erhöhung des Vignettenpreises auf hundert Franken bachab geschickt.

Mit Sicherheit kommt aber der Tag, an dem das letzte Kernkraftwerk vom Netz geht. Dann müssen fast 40 Prozent des Stroms aus anderen Quellen in die Haushalte und Fabriken fliessen. Im Winter sind es sogar über 50 Prozent. Den Bau neuer AKW will aber angesichts der breiten Opposition niemand vertreten. Selbst die SVP, die die Option Atom lange verteidigt hat, will nichts mehr davon wissen. Sie redet zwar von möglichen moderneren AKW-Typen. Dass diese bis in zwanzig oder dreissig Jahren bereitstehen, glaubt aber kein Mensch.

Doch was sind die Alternativen? Wind- und Solaranlagen liefern in ruhigen, dunklen Wintertagen kaum Strom. Die Lücke mittels Speichern zu überbrücken, ist ebenso aussichtslos – dazu fehlt schlicht die Technik. Die Wasserkraft hat nur begrenztes Ausbaupotenzial. Auf Importe zu setzen, wäre hochriskant. Die Nachbarländer haben im Winter schon heute selber zu wenig Strom. Nüchtern betrachtet, bleibt nur der Bau von Gaskraftwerken im grossen Stil. Wer nein sagt zur Atomkraft, müsste konsequenterweise ja sagen zu Gas- oder sogar Kohlestrom. Doch diese Wahrheit ist unbequem. Niemand will sie benennen, auch die SVP nicht. Fossile Energie hat einen miserablen Ruf. Angesichts der langen Planungs- und Bauzeiten müsste die Stromversorgung der Zukunft aber heute an die Hand genommen werden. Es passiert nicht. Und so schlittert die Schweiz auf einen Notstand zu. Egal, ob das Volk das Energiegesetz annimmt oder ablehnt.

Kommentare